

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

Wochensatz täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Wochensatz A: Mit der Zeit in Wort und Bild* vierteljährlich 2.10 M. In Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.52 M.
Wochensatz B: Ohne Illustrierte Beilage vierteljährlich 1.90 M. In Dresden durch Boten 2.10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2.22 M. — Einzel-Nr. 10 J. — Zeitungspreis Nr. 0858.

Interate werden die gewöhnlichen Beiträge aber deren Raum mit 15 J. Kollamen mit 50 J die Jahre berechnet, bei Wiederholungen entsprechende Abzug.
Verantwortl. Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Pillnitzer Straße 43. — Fernsprecher 1300
Für Rückgabe unverlangt. Schriftliche keine Verbindlichkeit. Redaktions-Druckerei: 11-12 Uhr.

Für das 1. Quartal 1911
abonniert man auf die „Sächsische Volkszeitung“ mit der täglichen Romanbeilage sowie der wöchentlich erscheinenden Beilage „Feierabend“ zum Preise von 1.80 M. (ohne Postgeld), durch den Boten ins Haus 2.10 M. Bezugspreis auf die Ausgabe A mit der illustrierten Unterhaltungsbeilage „Die Zeit in Wort und Bild“ erhöht sich monatlich um 10 Pf.

Liberaler Schlagworte.

Aufrechterhaltung der Staats- und Gesellschaftsordnung, Schutz und Vermehrung des Nationalvermögens, Kampf gegen den Umsturz, das sind drei Schlagworte, die uns in politischen Kämpfen immer wieder aus nationalliberalem Munde entgegenkommen. Bekanntlich hat ja auch der Hanfband diese Schlagworte übernommen und ist mit seinen riesenhaften Geldmitteln, wie es scheint, auf dem besten Wege, sie zum Teil in die Tat umzusetzen. Die gegenwärtige Staats- und Gesellschaftsordnung will der Hanfband schon beherrschen. Wenigstens insofern, als sie den Rechtsmittel der bestehenden Klassen nicht angreift und diese die Gütererzeuger in der Vermehrung ihres Vermögens, das sie in liebenswürdiger Umschreibung Nationalvermögen nennen, nicht stört. Um die Grundlagen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, soweit sie geistiger und religiöser Natur sind, soweit es sich nicht allein um den Schutz des Nationalvermögens gegen die Begehrlichkeit der Enterbten handelt, sondern um die Aufrechterhaltung des Christentums und der christlichen Tugend und Sitte als Basis für die geistige Entwicklung der Nation und für die Erhöhung einer wahrhaft nationalen Kultur kümmern sich die Herrschaften wenig.

Wir haben in der ganzen politischen und wirtschaftlichen Tätigkeit, die der Hanfband bisher entfaltet hat, kein einziges Moment erkennen können, das nicht durch kraffte Profitgier diktiert worden wäre. Und wenn alle möglichen schönen Worte von Zusammenschluß der gewerbetätigen Stände, von Sebung der Mittelstände, von sozialer Gemeinsamkeit der Interessen der Schaffenden und ähnlichem gesprochen wird, so ist das nur eine ziemlich fadenförmige Kulisse, hinter der das Fortemonaieinteresse allzu deutlich hervorlugt. Von diesem Gesichtspunkte aus kämpft denn auch der Hanfband gegen die Sozialdemokratie, und sein Vorkämpfer, der Geheimrat Nieher, hat sich darüber geäußert wie folgt: „Wir sind uns im Präsidium darüber einig, daß wir selbstverständlich die Sozialdemokratie nicht fördern dürfen, sondern daß wir wie alle die übrigen in uns vertretenen bürgerlichen politischen Parteien sie zu bekämpfen haben.“ Doch aber der Hanfband trotzdem die Sozialdemokratie für gut genug hält, um sie als Mittel zum Zweck zu gebrauchen, um nämlich die bestehende Reichstagsmehrheit zu zerstören und an ihre Stelle ein radikal-liberales Regiment zu setzen, ist aus seiner bisherigen zweifelhaften Haltung der Umsturzpartei gegenüber erwiesen. Wir wünschen durchaus der „Deutschen Tageszeitung“ bei, wenn sie zur Kennzeichnung dieses Kampfes gegen die Sozialdemokratie anfährt:

„Die Sache liegt sehr klar: Bei der Hauptwahl unterstützt der Hanfband selbstverständlich nur seine Kandidaten, gleichgültig, ob gegen rechts oder links. Kommt es dann in Kreisen, in denen ein Hanfbandskandidat aufgestellt war, zur Stichwahl mit einem Sozialdemokraten, dann treten zwei Fälle ein: Entweder steht der Hanfbandskandidat zur Stichwahl, dann unterstützt ihn selbstverständlich der Bund auch weiterhin, nimmt natürlich auch gern die Unterstützung der rechtsstehenden Wähler an — und hat nachher „programmatisch“ auch „die Sozialdemokratie bekämpft“. Oder es kommt der rechtsseitige Kandidat in die Stichwahl, dann zuckt der Hanfband — genau wie Herr Nieher im Falle Wiedom-Wollin, nur mit vorsichtigeren Begleitworten! — die Achseln und sagt, er dürfe sich nicht einmischen, da die Ausgabe einer Stichwahlparole Sache der Parteien sei.“

So wie hier geschildert, liegen die Dinge in der Tat. Es ist eine Politik der Doppelzüngigkeit, die lediglich diktiert ist durch den nacktesten Egoismus. Der Hanfband wird eben nur Anhänger seiner eigenen Wirtschaftspolitik gegen die Sozialdemokratie unterstützen, die anderen bürgerlichen Kandidaten aber bei einer Stichwahl gegen die Umsturzpartei ihrem Schicksal überlassen, nachdem seine Agenten durch ihre Gehe vor der Hauptwahl genügend dafür gesorgt haben werden, daß ihnen möglichst wenig hanfbandlerische Stimmen zufallen. Es ist immerhin bemerkenswert, daß die vernünftigeren nationalliberalen Kreise von dieser politischen Gebarung abrücken. Wir haben gesehen,

daß einige hervorragende nationalliberale Industrielle bereits ihre Verbindung mit dem Hanfbande gelöst haben, weil sie diese indirekte Förderung des Umsturzes als ihren eigenen Interessen zuwiderlaufend nicht mitmachen wollen. Aus diesen Kreisen mehren sich denn auch die Rufe, daß die nationalliberale Fraktion politisch einklinken und den Kampf gegen den Umsturz als gefährlichsten Feind mit Energie durchzuführen solle. So schreibt die nationalliberale „Berl. Vorkzeitung“:

„Eine Partei, die so große Endziele hat, ist nicht dazu angetan, nach kleinen taktischen Rücksichten des Augenblickes ihre Politik zu treiben. Die nationalliberale Partei kann nur strategische Politik treiben. Das heißt negativ: keine Verärgerungspolitik mitmachen — das heißt positiv: den Kampf gegen den gefährlichsten Feind mit aller Energie und Konsequenz durchführen. Wir denken nicht daran, die Haltung der Konservativen in der Reichsfinanzreform irgendwie zu beschönigen, ganz im Gegenteil, wir werden immer wieder darauf hinweisen und auf eine Umgestaltung der unsozialen Steuern hinarbeiten. Aber es gibt noch höhere Gesichtspunkte, hinter die alles andere zurücktreten muß. Das ist die Erhaltung unserer Staats- und Gesellschaftsordnung. Das ist positiv der Kampf gegen die Sozialdemokratie. Wer jetzt, um die „Reaktion“ tödlicher zu erschlagen, die Sozialdemokratie zur Helfershelferin herbeiholt, wie der radikale freisinnige Flügel predigt, der wird erleben, daß diese „Reaktion“ vielleicht viele und tiefe Wunden erhält — sicher totgeschlagen aber wird der, der die „Genossen“ rief. Und ebenso sicher ist, daß, wenn einmal die „Genossen“ zur Macht gekommen sein sollten und das Volk ihre neuen Herren wirklich kennen gelernt hat, der kraffte Rückschlag eintreten wird. Dann werden die jetzt wildesten Rufe nach der Sozialdemokratie die eifrigsten sein, die die Hilfe der stärksten Reaktion anrufen. Das beizugehen zu regulieren ist die Aufgabe einer großen zielbewussten Mittelpartei. Ueber die Forderung und kleine Not des Tages die große schicksalsschwere Zukunft vorstehen und danach handeln — unbekümmert um die Meinung der Masse, daß muß die Strategie der nationalliberalen Partei sein. Volkspartei sein heißt eine für das Volk arbeitende, nicht aber von den wechselnden Stimmungen des Volkes abhängige Partei sein.“

Diese Auslassung ist bei einigen Schiefheiten und Falschheiten im wesentlichen recht vernünftig. Sie beweist, daß es unter den Nationalliberalen noch Leute gibt, die das alberne Schlagwort „Schwarz ist der schlimmste Feind als rot“ den radikalen Fanatikern nicht länger nachzuplappern gewillt sind. Wir fürchten aber, daß diese Rufe in der Wüste bei den kommenden Wahlen in starker Minderheit verbleiben werden.

Prinz Max und der Papst.

Nach einer Meldung der „Corriere d'Italia“ ist Se. päpstliche Heiligkeit Prinz Max nach einer Abschiedsaudienz bei Sr. Heiligkeit dem Papste, der ihn mit dem Ausdruck seines väterlichen Wohlwollens entließ, nach Freiburg abgereist, wo er sofort seine Vorlesungen wieder aufnehmen wird. Ueber das Ergebnis seiner Audienzen mit dem Papste wird nichts veröffentlicht werden; sie werden den Charakter privater Unterredungen behalten. Alles, was über den Bergang von den Zeitungen gemeldet wurde, ist ein Produkt der Phantasie, da niemand der Unterredung des Prinzen mit dem Heiligen Vater beigewohnt hat. So viel steht allein fest, daß die Erklärungen des Prinzen sehr befriedigt haben, um so mehr, als der Prinz, wie er sagte, gewünscht hätte, daß sein Artikel vor der Veröffentlichung den zuständigen Persönlichkeiten zur Beurteilung der dogmatischen und theologischen Fragen unterbreitet worden wäre.

So wäre der liberale Traum in nichts zerfallen. Als einziger Trost ist geblieben, daß Prinz Max dem Staatssekretär Merry del Val seinen Besuch abgestattet habe. Rächerlich! Der Staatssekretär hat mit der ganzen Sache nichts zu tun. Hätte der Prinz ihn besucht, so wäre die unfriedensstiftende Presse sofort mit der Verdächtigung zur Hand gewesen: er mußte die gespannten Beziehungen zwischen dem Dresdner Hofe und der Kurie befestigen. Da die Gegenwart ihre Hoffnungen zunichte machte, tröstet sich die liberale Presse, daß sich Prinz Max „dem souveränen Zwang der wissenschaftlichen Wahrheit einst wird nicht entziehen können, wenn er sich auch jetzt der gewinnenden Nachsicht des Pio decimo unterworfen hat“. „Der deutsche Gräbler wird den römischen Diplomaten überwinden, und das Gros der deutschen Katholiken wird hinter ihm stehen, wenn er, ein neuer Reinald von Dassel, dem Papste in Rom den Fehdehandschuh hinwirft. Ein Wettiner war der erste deutsche Fürst, der sich aus innerer Ueberzeugung der Reformation anschloß, ein Wettiner ist der Erste, der mit dem Rüstzeug der Wissenschaft den schwächsten Punkt der römischen Hierarchie angegriffen hat.“ — Und solchen Schmutz der „B. Z.“ drucken die „Dresdn. Nachr.“ vollständig ab. Den Leuten ist aller Anstand verloren gegangen. Sie können sich aber versichert halten, daß die deutschen Katholiken sich weder durch „deutsche Gräbler“ noch durch einen „römischen Diplomaten“ von dem Wege des Gehorsams gegen die von

Gott gesegnete kirchliche Autorität abtrünnig machen lassen. Als Töllinger Altkatholik wurde, haben die Zeitungen den Untergang des Katholizismus prophezeit; er aber steht geschlossen und entschiedener da, denn je. Nur die hoffnungslosen Liberalen stehen wieder einmal als betäubte Lohgerber da, denen alle Felle fortgeschwommen sind. Seit drei Monaten rechnet die Presse bei der Ablegung des Modernisteneides mit einem Massenabfall der Geistlichen. Und siehe da! Sie brachten im ganzen drei Fälle zusammen. So sieht das Resultat der liberalen Hoffnung um die Jahreswende aus!

Polnische Rundschau.

Dresden, den 31. Dezember 1910.

Die Beisetzung des Grafen Ballestrem ist am Donnerstag in Ruda erfolgt, wo die Leiche am Mittwoch nachts in der St. Josephskirche, die Graf Ballestrem hat erbauen lassen, aufgebahrt worden war. Vergleiche hielten die Totenwacht. Am Donnerstag fand morgens um 7 Uhr ein Requiem statt. Im Anschlusse daran gab Pfarrer Rosenberger aus Jarze ein Bild des Lebens und Wirkens des Entschlafenen und seiner reichen Tätigkeit in Familie und Haus und im politischen Leben und betonte seine tiefe Religiosität und Fürsorge für die Angehörigen. Als Vertreter des Kaisers erschien der Herzog zu Trachenberg, Fürst zu Sayfeld, als Vertreter des Präsidiums des Reichstages Vizepräsident Schulz und der Direktor des Reichstages, Geheimrat Junghans, sowie ein großer Teil der Zentrumsgesandten aus beiden Häusern, als Vertreter des Präsidiums des Abgeordnetenhauses Geheimrat Porich. Auch eine große Anzahl von Mitgliedern des Herrenhauses war erschienen, ferner der größte Teil der schlesischen Aristokratie. Die Trauerfeier begann um 10 1/2 Uhr mit einem Requiem, worauf Dominikanerpater Bonaventura aus Berlin die Gedächtnisrede hielt. In dieser schilderte er die Verdienste des Verstorbenen und gedachte der wohlthätigen Stiftungen für seine Angehörigen und Arbeiter. In der Skrupta der Kirche erfolgte hierauf die Beisetzung. Bei der Trauerfeier zelebrierte in Vertretung des Kardinal-Bischofs von Stopp Weibischhof Augustin-Dreslau das Totenamt.

Graf Franz Kaver v. Korff, genannt Schmitz-Kerfendroff, ist am Sonntag zu Borschelshausen im 73. Lebensjahre gestorben. Nachdem er in den Jesuitenkollegien zu Lüttich und Felskirch seine Erziehung genossen, trat er mit seinen beiden jüngeren Brüdern zugleich in das Preuß. 1. Garde-Regiment z. F. ein. Vor die Frage gestellt, ob er eventuell in ein Duell einwilligen würde, hatte er Gelegenheit, seine feste, treue, zu allen Opfern bereit katholische Gesinnung zu betätigen und seinen Brüdern mit leuchtendem Beispiel voranzugehen. Nachdem alle drei den schlichten Abschied aus dem Heeresdienst erhalten hatten, trat der Verstorbene unter dem General Kanfer in die päpstliche Armee ein. Die Einnahme Roms veranlaßte den jungen Offizier Graf Kerfendroff nach Deutschland zurückzukehren, wo er im Jahre 1870 als Malterekommissar für die Pflege der Verwundeten tätig war. Während des Kulturkampfes erwarb er sich große Verdienste durch seine Bemühungen für die katholische Sache. Am 14. April 1874 vermählte er sich mit Antonia Gräfin Hoensbroech, welche ihm in nächsten Jahre durch den Tod entziffen wurde. 1877 heiratete er die Anna Reichsgräfin v. Spee. Seine Vaterloge erstreckte sich nicht allein auf seine Familie, er hinterläßt 3 Söhne und 7 Töchter, sondern auch auf seine Untergebenen. In der ganzen Gegend und weit über die Grenzen seiner Heimat hinaus haben Arme und Kranke die Wildtätigkeit des Verstorbenen erfahren. Ein Edelmann im wahren Sinne des Wortes, trat er stets für die von Gott gesegnete Autorität ein und war besonders treu dem angestammten Herrscherhause ergeben.

Nach einer Entscheidung sind Bestätigungsschreiben auswärtiger Girokunden und Bankkunden über den Empfang eines auf Kontokorrentguthaben bar übersandten Geldbetrages als dem Scheck gleichgestellte Quittungen der Reichsstempelabgabe von 10 Pfg. nach Tarif Stelle 10 Absatz 2 des Reichsstempelgesetzes unterworfen.

Mit einer Art Anräumen will der Reichstag im neuen Jahre seine Tätigkeit eröffnen. Es heißt, er wolle vor Beginn der 2. Lesung des Etats noch eine Anzahl Gesetze verabschieden, so das Hausarbeitsgesetz, das Zuwachsgesetz, das Reichssteuerungsgesetz und eine Reihe kleinerer Gesetze. Die erste Lesung des elsass lothringischen Verfassungsgesetzes werde ebenfalls noch im Januar stattfinden. Bei der Reichsverfassungsordnung soll die 2. Lesung im Plenum erst vor sich gehen, wenn der Etat zum größten Teile erledigt sein werde. Das sieht ganz danach aus, als ob es nicht bloß mit der Privatbeamtenversicherung, sondern auch mit der Reichsversicherungsordnung in diesem Jahre nichts mehr werden solle.

Abkündigung des Zimpfzwanges. Die Zimpfgegner sind fleißig an der Arbeit und überschweben dem Reichstag mit Material aller Art. Aber in der Petitionskommission hatten sie wenig Glück, denn diese beschloß: Uebergang zur Tagesordnung. Es wurde in der Kommission vom Regierungskommissar u. a. hervorgehoben, daß eine einmalige Zimpfung keineswegs für die ganze Dauer des Lebens